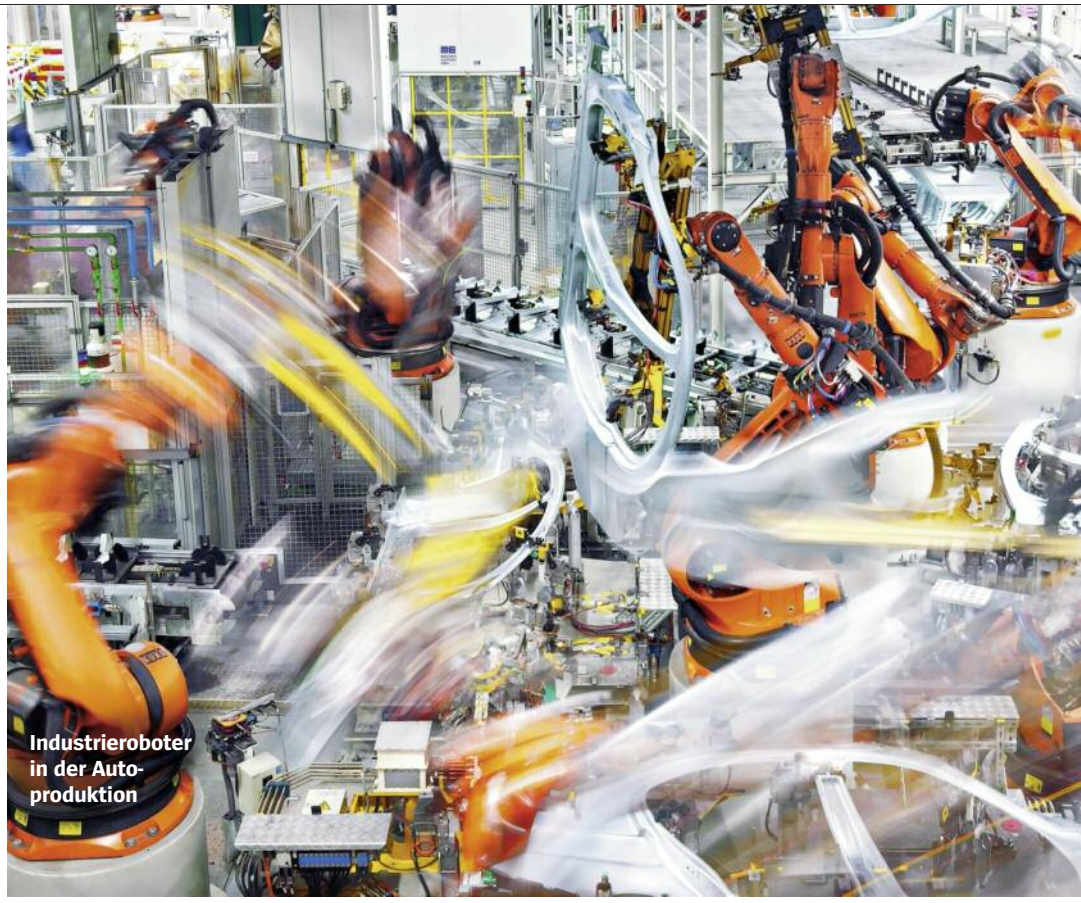
Mindestlohn

Klassengesellschaft bei Praktikanten

Der Mindestlohn für studentische Hospitanten dürfte das Angebot an Praktikumsplätzen bei den großen Dax-Konzernen kaum verringern. Keines der 30 wichtigsten deutschen börsennotierten Unternehmen plant nach eigenen Angaben, wegen der zum 1. Januar eingeführten Lohnuntergrenze weniger Stellen anzubieten. Die Chemiefirma BASF will freiwillige Schnupperaufenthalte von angehenden Akademikern künftig allerdings auf drei Monate beschränken, womöglich nicht ganz zufällig. Erst danach werden 8,50 Euro pro Stunde fällig. Ausgenommen vom Mindestlohn sind auch Praxisaufenthalte, die in der Studienordnung fest vorgeschrieben sind. Dieses Hintertürchen möchte eine größere Anzahl von Unternehmen nutzen: So will der Bergbaukonzern K+S nach eigenen Aussagen bei der Auswahl von Bewerbern künftig „den Fokus auf die Pflichtpraktika legen“. Bei der Allianz bekommen diese Teilnehmer nur rund halb so viel Gehalt wie Kandidaten, die sich aus freien Stücken bewerben. Generös zeigen sich dagegen die Banken: Sowohl die Deutsche als auch die Commerzbank zahlt seit Jahresanfang allen Praktikanten 1500 Euro im Monat. red



Industrieroboter in der Autoproduktion

Arbeitswelt

DGB diskutiert Digitalisierung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen die Digitalisierung der Arbeitswelt 2015 zu einem zentralen Thema machen. „Die Digitalisierung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern ein gesellschaftlicher und auch ein politischer Megatrend“, heißt es in dem Diskussionspapier „Gute digitale Arbeit“. Es soll vom DGB-Bundesvorstand ab dem kommenden Mittwoch auf seiner bevorstehenden Klausurtagung beraten und verabschiedet werden. Unter anderem fordert die DGB-Spitze darin neue Formen der Mitbestimmung, Mechanismen der sozialen Sicherung von freien Mitarbeitern und Soloselbstständigen oder auch ein modernes Datenschutzgesetz für Beschäftigte. Das Papier soll als Basis für eine öffentliche Debatte dienen: „Die Arbeit der Zukunft muss politisch gestaltet und darf nicht durch Algorithmen definiert werden“, fordern die Autoren. Flankierend plant der DGB neben mehreren Regionalkonferenzen Ende April eine zentrale Fachtagung zur digitalen Arbeit. Auch mit den zuständigen Fachkommissionen von CDU und SPD will der Vorstand über mögliche gemeinsame Veranstaltungen sprechen. mad

Haushalt

Unverhoffter Geldsegen

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) musste im vergangenen Jahr viel weniger Schulden aufnehmen als geplant. Regierungsexperten rechnen damit, dass die Nettokreditaufnahme für 2014 zwischen 2 und 3 Milliarden Euro betragen dürfte, genaue Zahlen werden für Ende Januar erwartet. Ursprünglich hatte Schäuble eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Der Bund profitiert vor allem von Steuerzahlungen der Atomkraftwerksbetreiber. Kurz nach Weihnachten überwiesen die Stromkonzerne rund 2,5 Milliarden Euro an Kernbrennstoffsteuer an den Fiskus. Die Beträge waren wegen Klagen der Energieunternehmen zunächst zurückgehalten worden. Kurz vor den Feiertagen erklärte der Bundesfinanzhof, das höchste Steuergericht, die Sonderbelastung der Kernkraftwerke jedoch für rechtmäßig. Zusätzlich entlastet wurde der Bundeshaushalt durch höhere Steuereinnahmen und Einsparungen bei Zinskosten in einer Größenordnung von zusammen über einer Milliarde Euro. Der unverhoffte Geldsegen aus der Kernbrennstoffsteuer kommt für Schäuble zur Unzeit. Er hätte die Milliarden lieber dieses Jahr kassiert. Dann wäre sein Ziel einer schwarzen Null, also eines Bundeshaushalts ohne neue Schulden, leichter zu erreichen gewesen. rei

FOTOS: FISCHER / DAVIDS (U.); KLAUS BOSSEMEYER / JAHRESZEITEN VERLAG (O.)